

# Einmütig für höhere Spielapparatesteuer

## ETATENTWURF Lorsch'er Parteienvertreter empfehlen 20 Prozent als neuen Satz

LORSCH - (grä). Zum Auftakt der Haushaltsberatungen in den Ausschüssen haben die Lorsch'er Parteienvertreter eine weitere Erhöhung der Spielapparatesteuer empfohlen.

Der von Bürgermeister Christian Schönung (CDU) eingebrachte Haushaltsentwurf sah eine Erhöhung um drei Prozentpunkte vor. Doch der Haupt- und Finanzausschuss votierte auf Antrag der Parteilosen Wähler (PWL) einstimmig dafür, die Spielapparatesteuer um fünf Prozentpunkte zu erhöhen. Ab 2016 soll der Steuersatz für Geräte mit Gewinnmöglichkeit in Gaststätten und Spielhallen 20 Prozent der Bruttokasse betragen. Bisher flossen 15 Prozent in den Stadtsäckel.

Wenn man mit der Steuer das Ziel verfolge, die Spielsucht zu bekämpfen und einzudämmen, müsse man konsequenterweise Spielhallen und Spielgeräte verbieten. Da dies offenkundig nicht angestrebt werde, sei es nur folgerichtig, die Spielapparatesteuer so hoch wie möglich festzulegen, begründete PWL Rudi Häusler die Initiative seiner Fraktion.

Die Grünen hätten sich bereits mehrfach für höchste Sätze bei der Spielapparatesteuer ausgesprochen, signalisierte Hans Hilsdorf Zustimmung. Auch Dirk Sander (SPD) und Alexander Löffelholz (CDU) sprachen sich für die PWL-Initiative aus.

Der Bürgermeister sieht ein Risiko

„Wir sollten unsere Nachbarkommunen nicht überholen“, wies Bürgermeister Christian Schönung (CDU) auf das Risiko einer Klage gegen eine 20-Prozent-Regelung hin. Eine Erhöhung auf 18 Prozent sei angemessen. Sie sei vor Gericht weniger angreifbar, argumentierte der Bürgermeister.

Rechtliche Bedenken seien auch in den vergangenen Jahren von der Verwaltung gegen eine deutliche Erhöhung der Spielapparatesteuer ins Feld geführt worden. Zu Klageverfahren sei es aber nicht gekommen, erwiderte Rudi Häusler.

2015 erzielt die Stadt Lorsch 180 000 Euro aus der Spielapparatesteuer. In diesem Jahr gilt eine Besteuerung von Geräten mit Gewinnmöglichkeit von 15 Prozent der Bruttokasse. Durch eine Erhöhung der Steuer um drei Prozentpunkte schätzte die Verwaltung die Einnahmen auf 220 000 Euro. Bei einer 20-Prozent-Regelung könnten sie noch höher ausfallen.

Halbe Stelle für Flüchtlingsbetreuung

Bei der Beratung des Etats scheiterte die SPD mit ihrem Antrag, die Stelle eines städtischen Flüchtlingskoordinators mit einer Vollzeitkraft zu besetzen. Trotz des erfreulich hohen ehrenamtlichen Engagements der Lorsch'er Flüchtlingshilfe sei dieser Einsatz nicht auf Jahre leistbar. Mit weiter steigenden Zahlen bei den Flüchtlingen sowie zukünftige vermehrte Anstrengungen bei der Integration von Menschen mit Asyl oder Bleiberecht, begründete SPD-Fraktionssprecher Frank Schierk den Antrag.

Die im Haushalt 2016 vorgesehene halbe Stelle sei eine freiwillige Leistung der Kommune, machte Alexander Löffelholz deutlich. Im Lichte zukünftiger Entwicklungen könnten die

parlamentarischen Gremien dann 2017 entscheiden, ob der Arbeitsumfang eines städtischen Flüchtlingsbetreuers ausgeweitet werden könne. Eine Einschätzung, die auch Vertreter von Grünen und PWL teilten.

Termin Die Haushaltsberatungen in den Ausschüssen werden heute (3.) mit einer gemeinsamen Sitzung von Haupt- und Finanzausschuss und Bauausschuss fortgesetzt. Die öffentliche Sitzung beginnt um 19 Uhr im Paul Schnitzer-Saal des Museumszentrums.